

„Ein Verbot von Glühbirnen ist völliger Unfug“

Klimaforscher wirft Politikern blinden Aktionismus vor – „Menschen nicht vorschreiben, welche Autos sie kaufen“

Der Weltklimarat (IPCC) warnt vor einem immer schnelleren Anstieg der globalen Temperaturen. Es bleiben nur noch wenige Jahre, um den Klimawandel zu bremsen. Jetzt müssen die Politiker handeln, fordert Ottmar Edenhofer, Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (Pik) und einer der Hauptautoren des IPCC-Klimaberichts. Mit Edenhofer sprach Claudia Ehrenstein.

DIE WELT: Australien hat ein Verbot von Glühbirnen angekündigt. Auch in Deutschland fordern Politiker, auf Energiesparlampen umzusteigen. Ist das eine vernünftige Maßnahme zum Klimaschutz oder einfach Populismus?

Ottmar Edenhofer: Glühbirnen zu verbieten ist völliger Unfug. Das ist viel Aktionismus mit wenig Effekt. Wir müssen in die effizientesten Klimaschutzoptionen investieren. Alles andere führt zu unnötiger Regulierungswut.

WELT: Ist dann auch die Empfehlung, Hybrid-Autos zu kaufen und Bio-Sprit zu tanken, Unfug?

Edenhofer: Die Politik muss den Menschen nicht vorschreiben, welche Autos sie kaufen und welchen Sprit sie tanken sollen. Ihre Aufgabe ist es, klar zu signalisieren, dass die Emissionen gesenkt werden müssen. Und sie muss die Marktkräfte für den Klimaschutz mobilisieren.

WELT: Reicht die Zeit dafür aus? Der Weltklimarat warnt, dass nur noch 15 Jahre bleiben, um in der Klimapolitik umzusteuern.

Edenhofer: Es können auch 20 Jahre sein. Entscheidend ist die zeitliche Größenordnung einer aktiven globalen Klimapolitik. In Indien werden gerade neue Kraftwerke gebaut und damit die Weichen für die Emissionen in den kommenden Jahrzehnten gestellt. Daher muss heute klar definiert werden, wie die Emissionen von Treibhausgasen in Zukunft besenkt werden.



Eine 40-Watt-Glühbirne. Politiker der Grünen und der SPD wollen, dass Deutschland dem australischen Vorbild nachelfert – und diese alte Technik verbietet

WELT: Die hohen Kosten des Klimaschutzes dienen oft als Argument, nicht zu handeln.

Edenhofer: Die Kosten des Klimaschutzes sind bislang maßlos übertrieben worden. Die Modelle haben einfach die zu erwartenden technischen Innovationen nicht berücksichtigt. Unsere Berechnungen zeigen, dass die Kosten für den Klimaschutz unter einem Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts liegen. Die Schäden durch den Klimawandel würden bei etwa zehn Prozent liegen.

WELT: Wie werden diese Kosten überhaupt ermittelt?

Edenhofer: Die Versauerung der Ozeane, das mögliche Austrocknen der Amazonaswälder und die Veränderung der Monsundynamik lassen sich nicht ausschließlich monetär bewerten, weil dabei moralische und ästhetische Bewertungen ebenso ins Gewicht fallen müssen. Immerhin, Versicherungen berechnen die Schäden an Gebäuden, die durch die Zunahme von Extremereignissen wie Hurrikane oder Hochwasser verursacht werden. Die Schäden durch Dürren lassen sich mit der Höhe der Ernteausfälle in Anschlag bringen. Die monetäre Schadensbemessung aber bringt den Klimaschutz letztlich nicht weiter. Ich halte es für sinnvoller, Ziele zu definieren.

WELT: Und die wären?

Edenhofer: Der Anstieg der globalen Mitteltemperatur sollte im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf zwei Grad begrenzt werden. Wir hätten dann die Chance,



Der Klimaforscher Ottmar Edenhofer

gefährlichen Klimawandel zu vermeiden.

WELT: Welche konkreten Maßnahmen fordern Sie?

Edenhofer: Notwendig sind der Ausbau der erneuerbaren Energien und die effizientere Nutzung der fossilen Energieträger Erdgas, Öl und Kohle. Die Kohle könnte der dominante Energieträger des 21. Jahrhunderts werden. Daher müssen saubere Kohlekraftwerke entwickelt werden, die das entstehende Kohlendioxid (CO₂) nicht in die Atmosphäre ausstoßen, sondern abscheiden und einlagern.

WELT: Es entsteht ein neues Abfallprodukt, für das sichere Deponien gefunden werden müssen.

Edenhofer: Das Problem ist in der Tat noch nicht gelöst. Daher brauchen wir in Europa Pilotprojekte, die zeigen, dass die Abscheidung, der Transport und die Lagerung von CO₂ im geologischen Untergrund technisch möglich und ökonomisch sinnvoll sind. Ob sich die Abscheidung und Einlagerung von Kohlenstoff lohnt, hängt davon ab, wie hoch der Preis für CO₂ ist. Die Unternehmen werden diese Option nur nutzen, wenn es kostengünstiger ist, CO₂ zu entsorgen, statt Emissionsrechte zu erwerben, um es in die Atmosphäre zu pusten.

WELT: Wie sollen Länder wie China und Indien künftig ihren Energiehunger stillen?

Edenhofer: Das ist die entscheidende Frage. Der weltweite Energieverbrauch wird sich vervierfachen

oder sogar verfünffachen. Eine Klima- und Energiepolitik, die dieser Entwicklung nicht Rechnung trägt, ist zum Scheitern verurteilt. Ziel muss es daher sein, die Treibhausgas-Emissionen vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Das kann gelingen, wenn wir die Effizienz steigern, die erneuerbaren Energieträger ausbauen und Kohle sauber nutzen können. Die Atomenergie wird dabei auch in Zukunft nur eine untergeordnete Rolle spielen.

WELT: Was erwarten Sie von den USA beim Klimaschutz?

Edenhofer: In den USA vollzieht sich gerade ein tief greifender Wandel, der in Europa noch gar

nicht richtig wahrgenommen wird. Wenn die Amerikaner entdecken, dass die Abwehr des Klimawandels mit einem Man-to-Moon-Projekt vergleichbar ist, werden sie massiv in Klimaschutztechnologien investieren.

WELT: Den IPCC-Forschern wird vorgeworfen, nicht transparent genug zu arbeiten.

Edenhofer: Das Verfahren des IPCC hat mit Geheimniskrämerei nichts zu tun. Aufgabe ist es, die wissenschaftlichen Fakten zu den Ursachen und Folgen des Klimawandels zusammenzufassen. Wenn es aber darum geht, die Maßnahmen festzulegen, die einen gefährlichen Klimawandel vermeiden sollen,

dann geht es um Fragen der Bewertung. Es ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, hier einen Konsens zu finden.

WELT: Was könnte ein Klimagipfel der Staats- und Regierungschefs wirklich bewirken, wie ihn Bundesumweltminister Sigmar Gabriel fordert?

Edenhofer: Die Klimapolitik ist längst über das Feld der Umweltpolitik hinausgewachsen. Sie umfasst heute Themen wie Sicherheitspolitik, Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik. Insofern ist es richtig, dass sich nicht nur die Umweltminister mit dem Thema beschäftigen, sondern vor allem die Regierungschefs.

Die Klimazukunft in Deutschland

